

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1.20 M., halbes Jahr 2.40 M., ein Jahr 4.80 M., für Colportage 5 K. 20 H. Bei a. Vorkauf nach 1. Jahrestage 10 K. 20 H. 1. Jahrestage 10 K. 20 H. 1. Jahrestage 10 K. 20 H.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Spalte, 2. Zeile ab. deren Raum mit 15 K. berechnet, bei 2. Zeile 10 K., bei 3. Zeile 8 K., bei 4. Zeile 6 K., bei 5. Zeile 4 K., bei 6. Zeile 3 K., bei 7. Zeile 2 K., bei 8. Zeile 1 K. 20 H. 1. Jahrestage 10 K. 20 H. 1. Jahrestage 10 K. 20 H. 1. Jahrestage 10 K. 20 H.

Der Sturm auf das preussische Kultusministerium.

Berlin, den 1. August 1907.

Der Mantel ist gefallen — der Herzog folgt ihm nach! Das ist das Leitmotiv der liberalen Presse den ganzen Sommer über. Die Entlassung Studts genügt den Liberalen nicht mehr; es sollen auch seine ersten Mitarbeiter, die Ministerialdirektoren Althoff, Schwarzkopff und von Chapuis, durch den liberalen Wellenschlag weggefegt werden, natürlich, um ganz liberalen Elementen Platz zu machen und schon winkt ein Erfolg. Man sieht, daß Althoff geht und stürzt aufs neue; seitdem man erfahren hat, daß Graf Posadowsky lediglich aus persönlichen Gründen gestürzt worden ist, seitdem ist der Mut der Liberalen stark gewachsen. Diese Zeichen und Erscheinungen sind höchst bemerkenswert; man rechnet auf eine liberale Ära und will deshalb die Front bereits mit liberalen Beamten besetzen.

Direktor Althoff geht. Mit ihm scheidet der katholische Direktor aus; er war Dezernent für die Universitäten und das höhere Unterrichtswesen. Wie einige liberale Blätter noch anerkennen, war er ein sehr tüchtiger Beamter und ziemlich liberal; aber er hat ein sehr großes Verbrechen begangen, der „junge Spahn“ ist unter ihm Professor geworden und der Richter hat diese Ernennung gebilligt; er hat bekanntlich damals dem viel angefeindeten Beamten sein Bild mit der Unterschrift: „Es sind die schlechtesten Früchte nicht usw.“ übersendet. Mag sein, daß dies in die neue Situation nicht mehr paßt und daß er daher einen Wink erhalten hat. Man sagt, daß seine Gesundheit erschüttert sei; kann auch zutreffend sein, denn er ist schon lange Zeit krank. Aber man tut dem scheidenden Direktor Unrecht, wenn man ihn der Zentrumsfreundlichkeit beschuldigt, er war viel eher liberal. Sein persönliches Auftreten hat ihm viele Gegner zugezogen, denn er war mit einer unergleichlichen Grobheit ausgestattet, die er durch trockenen Humor etwas genießbarer machte. Nun wird seine Stelle frei und man kann sehr gespannt sein, wer sein Nachfolger wird; die Liberalen rechnen damit, daß ein Mann ihrer Richtung sicher kommt.

Direktor Schwarzkopff soll das nächste Opfer sein; er hat das Volksschulwesen unter sich und bemühte sich um das Zustandekommen der Schulnovelle. Ein solch tüchtiger Beamter sollte nun gerade jetzt im Amte bleiben, um das Gesetz auch durchzuführen zu helfen. Aber weit gefehlt; er war ja „Studts Generalführer“. Er habe durch sein Auftreten im Abgeordnetenhaus nicht den mindesten Zweifel aufkommen lassen, daß ihm die Konfessionalisierung der Volksschule ebenso sehr Herzens- und Gewissenssache ist wie seinem früheren Vorgesetzten. Es erhebe sich daher ganz ungenutzte die Frage, wie sich das Verhältnis dieses hohen Beamten zu seinem jetzigen Chef gestalten wird. Beobachtungen der neue Herr Minister eine Abkehr von den bisherigen Grundrissen, um wenigstens in etwas die Rückständigkeit Preußens in Sachen des Volksschulunterrichtes zu heben, dann werde freilich für Herrn Schwarzkopff des längeren Weibens auf seinem Posten kaum möglich sein. Hier werde es sich vielmehr sehr bald offenbaren, ob und was unsere gegenwärtig sehr darniederliegende preussische Volksschule von der Amtsführung des Ministers Dr. Holle zu erwarten hat. Ob Herr Schwarzkopff auch unter dem neuen Minister sein bisheriges Dezernat behalte, das für unser Volksschulwesen von entscheidender Bedeutung ist; ob und wann er Platz machen werde, davon werde die Signatur des Ministeriums Holle nicht zu allererst abhängen. Wir stimmen diesen Ansichten der Liberalen vielfach bei; ein Sturz des Volksschuldezernenten bedeutet einen Systemwechsel. Noch aber sitzt Schwarzkopff fest im Sattel; freilich kann es heute mit der Entlassung sehr rasch gehen; man sah es an Studt und Posadowsky. Studt hat die Genehmigung seines noch gar nicht eingereichten Abschiedsgesuches aus der Presse zuerst erfahren und gerade Schwarzkopff war es, der noch 24 Stunden vorher bestimmt in Rede stellte, daß Studt jetzt abgebe; im Winter, an Weihnachten, da wolle er sich zurückziehen. Aber es kam anders.

Ein direkter Vorstoß erfolgt gegen Direktor von Chapuis und weshalb? Man lese nur: „Es bleibt vielmehr noch ein Dritter übrig, von dem die breite Öffentlichkeit kaum je etwas erfahren, der aber unter allen seinen engeren Amtsgenossen am meisten den Ruf eines „trefflichen Ministerers“ verdient. Denn er wirkt im Verborgenen, ganz unauffällig, aber darum um so sicherer. Das ist der Herr Ministerialdirektor von Chapuis. Er erhebt durch seine ausgedehnten gesellschaftlichen Beziehungen, durch sein beständig höfliches Wesen, durch sein diskretes, verbindliches Auftreten, durch seine unermüdete Ausdauer im Amte vollständig die ganze ehemalige katholische Abteilung im Kultusministerium, man übertreibt nicht im allermindesten, wenn man in dem genannten Herrn Ministerialdirektor einen Advokaten von dem Studtschen Verwaltungsbau anspricht. Die Öffentlichkeit weiß oder wußte so gut wie nichts von diesem einflussreichen Manne im Kultusministerium. Dafür könnte man über ihn um so viel mehr in den Wandelgängen unseres Ministeriums erfahren. Nicht, daß er offiziell die kerische Ansehung vertreten würde; dazu ist Herr von Chapuis ein viel zu gut geschulter diplomatischer Kopf. Allein gewisse Fäden laufen in

seinem Ministerialbureau zusammen, die in ihrem Ausgange auf das Zentrum hinweisen.“

Wenn es auch ganz toll ist, so steckt doch System in der Sache; wenn heute von einem Beamten gesagt wird, er halte zum Zentrum, so ist das gleichbedeutend mit seinem Sturze. So macht man es mit Chapuis, der nun mit dem Zentrum absolut gar nichts zu tun hat. Seine konservativen Freunde werden sich wohl ob einer solchen Verächtigung entschieden zur Wehr setzen. Aber bezeichnend bleibt, daß hier die Zentrumsfreundlichkeit genügt, um gegen einen Beamten anzuremen. Die offiziöse Presse aber schweigt und nimmt sich nicht dieser Beamten an. Das Zentrum soll ja vogelfrei sein und noch mehr jene Beamten, denen man Beziehungen zu dieser Partei andichtet.

Nunmehr geht aber die „Freie Zeitg.“ auf das Ganze; sie stellt ihre Forderungen an den neuen Minister Holle selbst und nennt in erster Linie den „Bruch mit dem System Studt“. Und weshalb? „Das System Studt hatte den vollsten Beifall der Konservativen von der allerstrengsten Oberbanz, er erfreute sich daneben zärtlicher Liebe bei den Leuten vom Zentrum.“ So ergebe sich von selbst, daß fort-ab, wenn die Liberalen auch nur einigermaßen zufrieden gestellt werden sollten, Verwaltung und Gesetzgebung im Bezirke des Kultusministeriums mit einem hörbaren Ruck nach links abzuweichen müßten. Die Konservativen würden sich darüber, vorausgesetzt, daß es auch ihnen mit der Politik der „konservativ-liberalen Paarung“ ernst sei, nicht beklagen können; hätten sie bisher auf dem Felde allein gesät und geerntet, so würden sie billigerweise künftighin auch den Liberalismus zur Aussaat und Ernte zulassen müssen. Dann wird in den Vordergrund die Erhebung der geistlichen Schulaufsicht durch die Fachschulaufsicht gestellt. Um den Anforderungen einen gewissen Nachdruck zu geben, schlägt man den Bundesrat mit der Drohung: „Es sei nochmals nachdrücklich wiederholt: der ressortmäßigen Befähigung des neuen Kultusministers wird durch die gegebenen Verhältnisse zugleich ein hochpolitischer Stempel aufgedrückt. Herr Dr. Holle mag in der Ruhe seiner Urlaubszeit recht ausgiebig darüber nachdenken, wie sehr er mitverantwortlich ist für den Erfolg oder Mißerfolg der neuen Wilowschen Politik, und danach seine Entschlüsse einrichten.“ So mußte es kommen. Jeder Tag bringt neue Forderungen und jeder Artikel schließt mit dem Satz: Entweder unterwirft sich die Regierung unseren Wünschen oder wir tun nicht mehr mit. Wir wiederholen: so hört man es jeden Tag. Das ganze ist dann keine politische Erpressung; es ist vielmehr „höchst unheimliche Arbeit“. Die Liberalen sind Minister in der politischen Rechnung; sie wissen, daß man sie braucht und daher nehmen sie den Rechenstift in die Hand und stellen ihre Forderungen Zug um Zug auf. Wir sind nicht überrascht davon, weil wir diese Gesellschaft kennen; aber diese Entwicklung zeigt auch, wie groß die politische Heuchelei ist, welche dem Zentrum eine Nebenregierung vorzuwerfen mag. Die Herrschaften mögen erst vor ihrer eigenen Tür stehen.

Politische Hundschau.

Dresden, den 2. August 1907

— Der Reichskanzler Fürst Bülow hat durch ein an den preussischen Minister des Innern gerichtetes Schreiben an alle Polizeibehörden des Reiches die Mitteilung gelangen lassen, daß er es grundsätzlich ablehnt, Strafanträge wegen Verleumdung seiner Person zu stellen. Der Reichskanzler wünscht zwar die Vorlage und Anzeige derartiger Fälle, verzichtet aber von vornherein auf deren Verfolgung. Den Anlaß zu diesem Entschlusse hat das Erbrechen einer mittel-deutschen Polizeibehörde auf Strafantrag gegen einen sozialdemokratischen Redakteur gegeben.

— Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, der gestern und vorgestern in Stuttgart weilte, hatte, wie der Staatsanzeiger meldet, mit dem württembergischen Ministerpräsidenten eine längere Unterredung, bei der eine Reihe der zurzeit schwebenden Eisenbahnfragen in freundschaftlicher Weise erörtert wurden.

— Das preussische Handelsministerium hat beschlossen, der weiteren Vermehrung der Handelshochschulen in Preußen Einhalt zu tun, um nicht die bisherigen erfreulichen Erfolge durch eine über das Bedürfnis hinausgehende Vermehrung zu gefährden.

— Der Festtag anlässlich des 300jährigen Jubiläums der Landesuniversität Gießen wurde durch einen Festgottesdienst eingeleitet. Diefem folgte ein Festschmaus in der alten großen Aula, an den sich der große Festakt in der neuen Aula der Universität angeschlossen. Nach der Ansprache des Großherzogs und nach Ueberreichung der goldenen Amtskette und der von der Regierung gestifteten Blakette dankte der Rektor der Universität Geheimrat Bahagel und begrüßte im Anschlusse daran die erschienenen Gäste. Es folgten Glückwunschanreden, insbesondere von Vertretern ausländischer Universitäten und Akademien. Den Schluß der Feier bildete die Rede des Rektors der Universität. — Zur dreihundertjahrfeier der Landesuniversität stiftete der Großherzog für die neue Aula der Universität ein in Del gemaltes Bildnis, sowie für den Rektor eine neue Amtskette. In seiner Rede beim heutigen Feste, in der der Großherzog versprach, der Universität allezeit ein wohlgesinnter Schützer und Förderer zu sein, beehrte er die Stiftung mit den Worten, an dem heutigen Ehrentage huldige der Hochschule die Kunst, der er neben

den Wissenschaften im Hessenlande eine bevorzugte Heimstätte zu bereiten bestrebt sei. Ein äußeres Zeichen dieser Huldigung sei die Amtskette des Rektors, die dazu bestimmt sei, von dem jeweiligen Inhaber des Rektorats bei besonderen feierlichen Anlässen getragen zu werden. In den siezierenden Wappensteinen und Wappensteinen soll die Zusammengehörigkeit mit seinem Hause und dem hessischen Staate während aller Zeiten seines Bestehens hindurch verinnerlicht und hergestellt aus Gold und edlem Gestein, befunden, wie Hessen, Fürsten und Volk, in der Hochschule immerdar eines der wertvollsten Kleinode erblickten und ehren. Die Regierung stiftete als Festgabe eine Blakette.

— Die neue Dänepolitik gefällt den Deutschen gar nicht; da sie eine Macht sind, muß Oberpräsident von Bülow etwas einklinken. So hat er auch das Gesuch von 66 dänisch sprechenden Pastoren von Nordschleswig um Zulassung von zwei Religionsstunden in dänischer Sprache abgelehnt. Preußen-Deutschland ist gerettet. Herr von Bülow aber sucht „seiner“ Politik auch in der Presse zu verteidigen, und läßt da schreiben: Der erste Eindruck der neuen Politik auf Deutsch- und Dänischgesinnte ist nicht befriedigend zu nennen, aber er ist auch nicht entscheidend. Der lebhafteste Widerspruch der deutschgesinnten Bevölkerung mit allen seinen Nebenwirkungen beweist, wie schwer es zähen, charaktervollen Männern wird, sich in die neue Lage schnell hineinzuwenden; in seinem letzten Grunde stellt er ihrer treuen deutschen Gefinnung ein ehrendes Zeugnis aus. So lange man auf deutscher Seite sich selbst, dem deutschen Vaterlande, wie der schleswig-holsteinischen Heimat treu bleibt, so lange man es sich als eine heilige Gewissheit bewahrt, daß Preußen-Deutschland nie einen Schritt breit des teuren Bodens der Nordmark, nie einen einzigen deutschen Mann aufgeben kann — und dies unerschütterliche Vertrauen ist der Schleswig-Holsteiner seinem Kaiser und König schuldig —, so lange besteht kein Grund zur Missetat. Auf dänischgesinnter Seite hat man einstweilen den Vertretern eines schrankenlosen Uebermutes den Vortritt gelassen. Die „Düppelpost“ fordert auf, die Saat des Friedens im Keime zu ersticken, die der Oberpräsident säe; man fürchtet sie also! Wir meinen, die dänischgesinnten Kreise sollten erst mit sich zu Räte gehen, ob dies die rechte Antwort auf das ihnen gezeigte Entgegenkommen ist. Wird die Erwartung getäuscht, so irrt man sich nicht; man wird jeden Oberpräsidenten, auch den jetzigen, gerümpelt finden, die geeigneten Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und mit der notwendigen Strenge durchzuführen, wenn es gilt, bedrängte und angegriffene deutsche Interessen zu verteidigen.“ Zwei Schritte vor und einen zurück, so scheint man in der Nordmark marschieren zu wollen.

— Der Kampf um das preussische Wahlrecht, wie ihn der Abgeordnete Raumann sich denkt, hat bereits seine Gegner zu Auslassungen gebracht. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von „linksliberalen Staatsstreichgelüsten“ und meint gegenüber dem Hinweise Raumanns auf den bekannten Beamtenentwurf von 1883: „Wahrhaftig, das ist ein köstlicher Liberalismus! Wenn man sich erinnert, wie der Liberalismus damals, als der Erlaß veröffentlicht wurde, Peter schrie, wie er ihn als eine Entrechtung und Entmannung der Beamten bezeichnete, wie er ihn geradezu einen Akt der brutalen Gewalt nannte, so wird man über diese neue Auslassung des Linksliberalismus im höchsten Maße erstaunt sein. Raumann rät dem preussischen Ministerpräsidenten nichts mehr und nichts weniger, als eine Wahlmacht in des Wortes bestmöglicher Bedeutung. Und diese Wahlmacht soll in Szene gesetzt werden lediglich zu dem Zwecke, damit die geachteten Gegner der monarchischen Auffassung in das Abgeordnetenhaus einziehen können. Ein Minister, der auf diesen Keim tröcke, würde ein Tor sein. Daß der jetzige Ministerpräsident den ihm von Herrn Raumann vorgezeichneten Pabnen folgen werde, daran auch nur einen Augenblick zu denken, würde eine beinahe strafbare Verleumdung sein. Das preussische Volk mag aber an diesem Beispiele erkennen, was es von den Grundrissen des Linksliberalismus zu halten hat. Die Herren um Raumann sind bereit, alle Grundriss über Bord zu werfen, wenn der König, wenn die Regierung ihnen zu willigen ist. Was den Konservativen oft fälschlicherweise vorgeworfen worden ist, das sie sich die alte Weise: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!“ zur Richtschnur genommen hätten, das verkündet hier der ganz liberale Raumann als der Weisheit letzten Schluß.“ So also nimmt man rechts die Sache auf. Wie aber links? Der „Vorwärts“ triumphiert, daß er Raumann zu dieser Stellung gedrängt habe; er fährt aber dann fort: „Nur die Vertagung auf den Herbst will uns nicht recht gefallen. Die Junfer arbeiten jetzt schon in der Presse mit Hochdruck. Warum will sich der Freisinn noch politische Sommerferien gönnen? Je eher die Wahlrechtsanfragen des Freisinns erlösen, desto besser! Freilich tun es die stärksten Fanfare allein noch lange nicht! Wir werden die Taten des Freisinns in den Parlamenten und außerhalb derselben mit wachsamem Auge verfolgen.“ Also auch hier die Weisheit. Raumann schwingt sie gegen Bülow, die Sozialdemokratie aber gegen Raumann. Am meisten in Verlegenheit sind jedoch die Nationalliberalen gekommen; sie lassen in der „Nat.-lib. Korr.“ folgendes Geschick aufzählen: „Ob diese Parole Erfolg verspricht, wenn man mit dem neuen Landtagswahlrecht das nackte Reichstagswahlrecht meint, kann bezweifelt werden. Raumann verlangt Wahlen mit Regierungshochdruck und Anwendung des Beamtenentwurfes vom 4. Januar 1882, wonach die durch